

Homoehe spaltet Frankreich

☒ Heute hat die französische Nationalversammlung nach einem 110-Stunden-Sitzungsmarathon mit 329 zu 229 Stimmen die Einführung der Homo-Ehe und das Recht auf Homo-Adoption verabschiedet. Für den weiteren Gesetzgebungsprozess ist im März noch die Lesung im Senat notwendig, aber der wichtigste Schritt zu diesem verhängnisvollen gesellschaftspolitischen Projekt ist getan.

Demonstrationen mit hunderttausenden – bis gar eine Million – Teilnehmern konnten nicht verhindern, dass Präsident Francois Hollandes Sozialisten dieses umstrittene Projekt ohne Abstriche umsetzen. Der bisherige totale Misserfolg der linken Regierung mit unzähligen enttäuschten Anhängern ließ den Verantwortlichen auch wenig Verhandlungsspielraum für dieses Gesetz.

Es soll hier jetzt nicht um das für und wider von Homo-Ehe und vor allem -Adoption gehen. Es ist etwas ganz anderes, das bei einer solchen Änderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen hoch problematisch ist: Eine Gesellschaft kann es sich leisten, geteilter Meinung darüber zu sein, ob der Spitzensteuersatz 25 oder 50 Prozent betragen soll. Wenn die 25-Prozent-Leute am Drücker sind, werden das irgendwie die 50-Prozent-Leute akzeptieren und demokratisch daran arbeiten, nach der nächsten Wahl eben 40 oder 50 Prozent maximale Einkommenssteuer durchzusetzen.

Gänzlich anders ist es aber beim Thema Heirat und Adoption. Wer das in seinem tiefsten Inneren – sei es aus religiösen oder psychologisch-soziologischen Gründen – ablehnt, kann nicht einfach darauf hinarbeiten, nach der nächsten Wahl das Rad wieder zurück zu drehen. Vier oder fünf Jahre bis zur nächsten Wahl sind schließlich eine lange Zeit, in der Fakten geschaffen werden. Zum Beispiel, indem kleine Jungs dann juristisch korrekt an zwei schwule „Väter“ (oder vielmehr muss

man jetzt „Eltern“ sagen) zur Adoption vermittelt werden. Das kann man nicht einfach danach rückgängig machen!

Für nicht wenige Menschen, die Homo-Adoption aber aus tiefster Überzeugung für völlig inakzeptabel halten, kann so eine Rechtsänderung daher den völligen Bruch mit der Fünften Französischen Republik bedeuten. Im günstigsten Fall ziehen sie sich dann ins Private zurück, im Extremfall arbeiten sie aber auf deren Überwindung hin, im Zweifel sogar mit dem Ziel eines autoritären Staates.

Kluge, weitsichtige Politiker – die leider vor allem auf der Linken alles andere als weit gestreut sind – würden gesellschaftspolitische Änderungen dieser Tragweite und Tiefe daher nur bei einer Akzeptanz in der Bevölkerung von zum Beispiel 90 Prozent vornehmen (das gleiche gilt übrigens auch für Dinge wie Regel-Doppelstaatsbürgerschaft etc.). Selbst wenn heute tatsächlich laut Umfragen 60 Prozent der Franzosen für die Homo-Ehe sind und ungefähr 50 Prozent für die Schwulen-Adoption (deckt sich aber nicht mit dem gefühlten Eindruck in Frankreich) wären die in „Fundamentalopposition“ verdrängten vehementen Gegner viel zu viele, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt Frankreichs nicht zu gefährden.

Leider werden sich die „Verantwortlichen“ in Deutschland aber diesen Gedanken nicht zu Herzen nehmen. Vielmehr werden auch sie ab Herbst versuchen, auf diesem Feld unser Land weiter umzubauen. So viele denkbare Abstimmungserfolge zum haushaltstechnischen Nulltarif gibt es schließlich nicht, mit denen man sich bei der rot-grünen Stammwählerschaft beliebt machen kann.

In diesem Sinne ist das heute ein weiterer schwarzer Tag für Europa.